

30 Jahre Politik für Deutschland

# Die CDU und ihre Vorsitzenden

Seit ihrer Gründung als Bundespartei, am 20. Oktober 1950 in Goslar, wählte die CDU fünf Männer zu ihren Bundesvorsitzenden:

**Konrad Adenauer, Bundesvorsitzender 1950—1966**

**Ludwig Erhard, Bundesvorsitzender 1966—1967**

**Kurt Georg Kiesinger, Bundesvorsitzender 1967—1971**

**Rainer Barzel, Bundesvorsitzender 1971—1973**

**Helmut Kohl seit 1973**

Schon die Amtszeiten ihrer Vorsitzenden zeigen, was die Partei von ihnen erwartete. Wie die Union ihre Arbeit als politische Partei immer in der Verantwortung für den Staat und nicht als Selbstzweck verstand, so wählte sie ihre Vorsitzenden nicht als führende Funktionäre, sondern als Männer, die geeignet waren, die Richtlinien in der Politik der Bundesrepublik Deutschland als Kanzler zu bestimmen. Adenauer, Erhard und Kiesinger waren Bundeskanzler, bevor sie zu Parteivorsitzenden gewählt wurden. An der Bedeutung der Vorsitzenden hat sich auch nichts geändert, seit die Union 1969 in die Opposition geriet. Die Parteivorsitzenden Barzel und Kohl wurden die Kanzlerkandidaten der Union.

Konrad Adenauer setzte den Maßstab, daß der Vorsitzende auch das Zeug zum Bundeskanzler haben mußte. Er hatte bereits 1949 die ersten Bundestagswahlen mit einer Arbeitsgemeinschaft von CDU-Landesverbänden und politischen Gruppierungen gewonnen, bevor er selbst die Initiative zur Gründung der Bundespartei ein Jahr danach ergriff. Auf diesem ersten Parteitag in Goslar wurde Konrad Adenauer zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Er blieb ihr Vorsitzender bis 1966. Rechnet man die Gründungsphase der CDU nach 1945 hinzu, in der er bald eine führende Rolle spielte, so führte Adenauer die CDU zwei Jahrzehnte im Nachkriegs-Deutschland: Adenauer war 14 Jahre Bundeskanzler, 16 Jahre Vorsitzender der CDU.

Im Blick auf die Epochen der deutschen Geschichte erscheint es vielen nicht mehr überspitzt, zu sagen, daß Adenauer für die deutsche Politik im zwanzigsten Jahr-

hundert das gleiche bedeutete, wie Bismarck im 19. Jahrhundert. Für die CDU, als die junge, die neue Partei der Nachkriegsgeschichte, war es von entscheidender Bedeutung, daß sie unter Führung eines solchen Staatsmannes stand. „Adenauer und die CDU“ wurden ein politisches Erfolgsrezept in der Bundesrepublik.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ war das Gründungsmotto des Parteitages in Goslar 1950 gewesen. Es gelang Adenauer, das Ziel der Erneuerung und des Wiederaufbaues des zerstörten Deutschlands der Partei als oberstes Ziel zu setzen. Bis zu Beginn der sechziger Jahre war die Union das Instrument dieser Politik Konrad Adenauers. Die Bundesrepublik wurde ein freiheitlicher und sozialer Staat und ein verlässlicher Bündnispartner der freien Welt.

Mit nur einer Stimme Mehrheit hatte Adenauer 1949 eine Regierungskoalition, unter Führung der Union, zustande gebracht. Bereits 1953 gewann die Union die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag, um 1957 schließlich mit 50,2 % die absolute Mehrheit der Stimmen zu erreichen. Dieses Ergebnis ist bisher einmalig in der Geschichte freier Wahlen in Deutschland geblieben. Es war praktisch die Belohnung und die Zustimmung der Bürger in der Bundesrepublik für die Wiederaufbauleistung von Konrad Adenauer und der CDU.

In der Innenpolitik war es gelungen, durch den Ausbau der sozialen Marktwirtschaft, breiten Schichten des Volkes einen wirtschaftlichen Wohlstand zu geben. Gesellschaftspolitische Reformen, wie umfassende Sparförderung und Eigentums politik, aber auch die Alten- und Invaliditätsversicherung, schufen ebenso ein neues soziales Klima, wie das Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsrechte. Nicht zu vergessen ist die Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen durch den Lastenausgleich für die Heimatvertriebenen, die Flüchtlingshilfe, sowie die Wiedergutmachung für die Verfolgten des Nationalsozialismus und der soziale Wohnungsbau. Damit einher ging der Aufbau des demokratischen Rechtsstaates.

### **Politische Marksteine der Aufbauphase heftig umstritten**

Fast alle diese politischen Marksteine in der Aufbauphase der Bundesrepublik waren heftig umstritten. Das wird noch deutlicher, wenn man sich an die großen außenpolitischen Debatten der fünfziger Jahre erinnert, in der die Union Adenauers Außenpolitik der Westorientierung im Parlament, aber vor allem in der Bevölkerung durchsetzen half: Regelung der Saarfrage mit Frankreich, die Aussöhnung mit Frankreich, die Montanunion, die EWG, aber auch der Aufbau der Bundeswehr, der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und zur WEU.

Die CDU setzte in diesen Jahren der großen Entscheidungen ihre gesamten Energien zur Durchsetzung der allgemeinen politischen Zielsetzungen Adenauers ein, so daß wenig Kraft für den inneren, organisatorischen Aufbau der Partei übrigblieb. Adenauer und die erfolgreiche Entwicklung in der Bundesrepublik — das war das Programm der Union. Allenfalls wurden Leitsätze allgemeiner Art vor

Wahlen formuliert, die noch einmal die Kontinuität der politischen Zielsetzung der Union unterstrichen.

Als Ende der fünfziger Jahre, Anfang der sechziger Jahre die Aufbauphase der Bundesrepublik zu Ende ging, wurde diese pragmatische Auffassung der Politik in Frage gestellt. Adenauer hatte vor Parteifreunden einmal humorvoll festgestellt: „Eigentlich bin ich ein Veilchen, das im verborgenen blüht.“ Diese Feststellung traf eher auf die Partei zu. Als 1961 die Union die absolute Mehrheit verlor, entdeckten viele in der CDU ihre eigene Organisation, die sie nun verbessern oder überhaupt erst richtig aufbauen wollten. Adenauer selbst warf die Frage auf, was aus der CDU werden würde, wenn sie einmal in die Opposition käme.

In den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft bis 1963 und danach als Parteivorsitzender bis 1966 erlebte er bereits die Anfänge eines Wandlungsprozesses der Union von einem politisch engagierten Wahlverein zur Unterstützung des Bundeskanzlers zu einer modern organisierten Mitgliederpartei mit breiter Verankerung in der Bevölkerung. Soll der Kanzler auch die Partei führen? Die CDU entschied diese Frage für die beiden Nachfolger Adenauers in der Kanzlerschaft, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, mit Ja. Ludwig Erhard, Vater der sozialen Marktwirtschaft und wichtigster politischer Weggefährte Adenauers, war als dessen legitimer Nachfolger im Bundeskanzleramt empfunden worden.

## **Die CDU forderte von sich programmatisches Profil**

Im Bundestagswahlkampf 1965 erwies sich Ludwig Erhard als Zugpferd für die Union. Die Partei erzielte mit 47,6 % ihr zweitbestes Ergebnis in ihrer 25jährigen Geschichte als Bundespartei. Ludwig Erhard hatte sich damit auch als Nachfolger Konrad Adenauers im Parteivorsitz empfohlen, denn Konrad Adenauer hat die Partei gelehrt, daß es ihre Hauptaufgabe war, Wahlkämpfe zu gewinnen und an dieses Beispiel hielt sie sich.

Für die Festigung der Organisation der Partei und die Intensivierung der Parteiarbeit war 1962 auf dem Dortmunder Parteitag die Position eines geschäftsführenden Bundesvorsitzenden geschaffen worden, in der Josef Hermann Dufhues von 1962 bis 1966 mit dem Aufbau einer modernen Parteiorganisation begann. 1966 wurde Bruno Heck vom Parteitag als geschäftsführendes Präsidiumsmitglied für diese Aufgaben bestimmt. Bereits ein Jahr später 1967 auf dem Bundesparteitag in Braunschweig, als der Vorsitz von Erhard auf Kiesinger wechselte, wurde Bruno Heck Generalsekretär der CDU.

Dieses neugeschaffene Amt in der Satzung der Partei brachte die Diskussion der sechziger Jahre um die Parteireform auf einen Nenner: Die CDU mußte neben der Gefolgschaft für den Kanzler auch eine eigenständige Rolle als Partei spielen. Man kann sagen, daß mit diesem Parteitag die CDU 17 Jahre nach ihrer Gründung als Bundespartei ihre bisherige Struktur als lockerer Wahlverein als unzureichend empfand und die Weichen auf den Weg zu einer modernen Parteiorgani-

sation stellte. Damit war keineswegs das erfolgreiche politische Konzept der Union unter Adenauer aufgegeben worden. Vielmehr war der Union mit den neuen politischen Entwicklungen in den sechziger Jahren deutlich geworden, daß sie diese Unterstützung für den Kanzler nur leisten konnte, wenn sie besser organisiert, programmatisch fundierter und für die Wahlkämpfe systematischer gerüstet wurde.

Es ist kein Zufall, daß die Bedeutung der Partei als Organisation zu dem Zeitpunkt erkannt wurde, als die Union in der Großen Koalition mit ihrem größten Widersacher, den Sozialdemokraten, die Macht teilen mußte. Die Politik der Regierung Kiesingers — das war nun nicht mehr automatisch die Politik der Union, wie es unter Adenauer und Erhard gewesen war. Die Partei mußte nun ihren Anteil an der Politik in der Bundesrepublik verdeutlichen. Daß sie sich dabei insbesondere auf die Leistung des Kanzlers Kiesinger konzentrierte, war das vorgegebene, das erfolgreiche Muster aus der Ära Adenauers, und es war, wie sich im Wahlkampf 1969 zeigte, durchaus ein erfolgreiches Wahlkonzept.

Unter dem Motto „Auf den Kanzler kommt es an“, erreichte die CDU 46,1 % der Stimmen und blieb mit Abstand die stärkste Partei der Bundesrepublik. Doch das alte Erfolgsrezept Adenauers hatte sich noch einmal in den Wahlen, aber nicht mehr für die Regierungsbildung als richtig erwiesen: Mit denkbar knapper Mehrheit bildeten SPD und FDP gegen die CDU als stärkste Partei eine neue Regierung. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik war die CDU in der Opposition. Sie mußte eine neue Rolle zu spielen lernen. War sie darauf vorbereitet? Auf dem Bundesparteitag in Mainz 1969, wo Kiesinger als Vorsitzender und Heck als Generalsekretär in ihren Ämtern bestätigt wurden, stand diese Frage im Vordergrund.

## **Eine Partei diskutiert und verwirklicht ihr Programm**

In der Programmdiskussion war die Partei bereits 1968 einen wichtigen Schritt weitergekommen: Das Berliner Programm löste das Hamburger Programm von 1953 ab. Aber nicht der Inhalt, sondern die Art und Weise des Verfahrens in der Willensbildung und Entscheidung dieser Programmdiskussion hebt das Berliner Programm deutlich vom Hamburger ab, das praktisch eine auf den Parteitag hergestellte politische Plattform darstellte. Der Gedanke an eine Programmdiskussion, die alle Gliederungen der Partei umfaßt und auf einem Programmparteitag abgeschlossen wird, hatte sich im Laufe der sechziger Jahre entwickelt, was schließlich in einer umfangreichen und intensiven Programmdiskussion auf allen Ebenen der Partei in den Jahren 1967/1968 verwirklicht wurde.

Die Intensität, die Offenheit und die demokratische Entschiedenheit, mit der schließlich das Berliner Programm verabschiedet wurde, war ein Markstein in der deutschen Parteigeschichte. Als die CDU 1969 in der Opposition war, beschloß sie, das Verfahren des Vorjahres zu wiederholen, um das politische Programm für ihre Opposition zu erarbeiten. In Düsseldorf wurde 1971 das Berliner Programm

in zweiter Fassung verabschiedet. Die Partei hatte nun ein weitgefächertes, sachpolitisches Programm für alle Bereiche. Nicht mehr die Person des Vorsitzenden allein, sondern auch ihr Programm waren jetzt Ausdruck des politischen Willens der Union.

Mit der Reorganisation in den Kreis- und Landesverbänden der Partei wuchs auch die Bedeutung der Arbeit der Bundeszentrale. Konrad Adenauer hatte als Vorsitzender der CDU die Bundesgeschäftsstelle nur einmal betreten. Sie war für ihn kein Zentrum der politischen Koordination in der Partei, sondern ein Organisationsbüro für Wahlkämpfe. In der Opposition mußte die CDU nach 1969 den Aufbau einer effektiven Bundeszentrale nachholen. Erstes sichtbares Zeichen dieser Bemühungen war der Bau des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn, in dem die CDU-Bundesgeschäftsstelle seit 1971 arbeitet.

## Die Oppositionsrolle führt zur Reorganisation

Mit Rainer Barzel als neugewähltem Parteivorsitzenden und Konrad Kraske als Generalsekretär stand diese im Aufbau befindliche Organisation 1972 wegen der schwindenden Regierungsmehrheit sehr bald vor der Aufgabe, den ersten Wahlkampf der CDU aus der Opposition heraus zu führen. Die CDU begann, ihre eigenen Mitglieder und Anhänger zu mobilisieren, neue Mitglieder zu werben, ihre Programme der Öffentlichkeit darzustellen und mit modernen Methoden der Wahlkampfunterstützung zu arbeiten. Doch diesen Bemühungen war wenig Zeit beschieden, als schon 1972 zum Wahlkampffahr wurde. In einem kurzen Bundestagswahlkampf erlitt die CDU ihre bedeutendste Wahlniederlage, sie wurde von der SPD überholt und errang 44,8 %.

Nachdem die Hoffnung auf einen kurzfristigen Wiedergewinn der politischen Verantwortung in der Bundesrepublik zerschlagen war, wurde seit 1973 — unter dem Vorsitz von Helmut Kohl und seinem Generalsekretär Kurt Biedenkopf — die Reorganisation der Partei systematisch und langfristig angelegt. Die Arbeit der Bundeszentrale wandelte sich dabei endgültig von einem Wahlkampfbüro zu einem Führungs- und Koordinationsinstrument, das den Parteigliederungen Arbeitsimpulse gibt und die Zusammenarbeit zwischen Zentrale und Basis enger gestaltet. Die Bundesorganisation der CDU wird heute mit den modernen Methoden des organisatorischen und finanziellen Managements geführt und ist unter der Führung Kohls und Biedenkopfs zur zentralen Schaltstelle in der Arbeit der Partei geworden. Sichtbarer Ausdruck dieser Arbeit sind die ständig steigenden Mitgliederzahlen, so daß die Unionsparteien heute bereits eine  $\frac{3}{4}$  Mio. Mitglieder gegen die fast 1 Mio. Mitglieder der SPD mobilisieren können, während früher die SPD das Drei- bis Vierfache an Mitgliedern der CDU aufweisen konnte. Auch ist die programmatische Profilierung der Partei weiter vorangeschritten. Auf dem Hamburger Parteitag 1973 wurden in Ergänzung des Berliner Programms weitreichende gesellschaftspolitische Beschlüsse gefaßt, in Mannheim 1975 die politisch strate-

gischen Positionen der Union intensiv diskutiert. Schließlich arbeitet eine Grundsatzkommission an der zeitgemäßen Formulierung der Grundideen der CDU-Politik. Vor allem über die Mobilisierung ihrer Mitglieder und ihrer Basisgliederung ist es der Partei gelungen, wieder Anschluß an die erfolgreichen Wahlkampfführungen der Ära Adenauers zu finden, so daß die CDU heute ein ernsthafter Konkurrent zu den Regierungsparteien ist.

### **Von der politischen Bewegung zu intensiver Parteilarbeit**

Die Geschichte der CDU kann als ein Weg zur Intensivierung der Parteilarbeit, ja als Entdeckung dieser Aufgabe überhaupt bezeichnet werden. Für Konrad Adenauer war die Union eine politische Bewegung, die den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit mitgetragen hat. Seine Nachfolger Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger führten die Partei in dieser Tradition, gaben aber den Bedürfnissen nach verbesserter Organisation der CDU, durch erste Maßnahmen der Reorganisation, nach. Mit Barzel wurde die moderne Arbeit der Partei begonnen, aber durch seinen erfolglosen Anlauf auf die Kanzlerschaft sehr schnell unterbrochen. Erst Helmut Kohl hat die moderne Parteilorganisation geschaffen, mit der die CDU als Opposition in der Bundesrepublik bestand und eine reelle Chance zur Wiedererlangung der Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik hat.

Von Konrad Adenauer zu Helmut Kohl haben sich die grundlegenden Ideen der Union nicht gewandelt, aber die Methoden der Politik, insbesondere in der Arbeit der Partei, haben in diesen 25 Jahren entscheidende Veränderungen erfahren. Die CDU Helmut Kohls trägt das politische Erbe Konrad Adenauers, aber sie ist eine andere Partei geworden.

Die politische Laufbahn, die zum CDU-Bundesvorsitz führte, war sehr unterschiedlich. Konrad Adenauer, als der erste Vorsitzende, der ja die Initiative zur Gründung der Bundespartei selbst ergriffen hatte, war bereits 1917 in das Amt des Kölner Oberbürgermeisters eingeführt worden, das er während der Weimarer Republik wahrnahm. Aber auch in der Politik der Zentrumspartei spielte er als Präsident des Preußischen Staatsrats bereits eine politische Rolle auf nationaler Ebene. Mitte der zwanziger Jahre stand er für seine Zentrumspartei auch als Kandidat für das Amt des Reichskanzlers zur Diskussion. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten abgesetzt und nahm unmittelbar nach Kriegsende 1945 erneut das Amt des Kölner Oberbürgermeisters ein, bis er im Streit mit der Militärregierung ausschied. In der Gründungsphase der CDU spielte er dann als Vorsitzender der CDU der Britischen Zone eine entscheidende politische Rolle und qualifizierte sich als Präsident des parlamentarischen Rates zum Führer der CDU in den ersten Bundestagswahlen und als ihr Kandidat für das Amt des ersten Kanzlers in der Bundesrepublik Deutschland 1949. Bis zu seinem Ausscheiden 1966 blieb seine regelmäßige Wiederwahl zum Vorsitzenden der CDU unumstritten.

Ludwig Erhard war zusammen mit Konrad Adenauer der Baumeister des Nachkriegs-Deutschlands. Seinen Ruf als Vater des Wirtschaftswunders hatte sich Erhard mit seinem Konzept der sozialen Marktwirtschaft erworben, das zur Grundlage der CDU-Gesellschaftspolitik wurde. Bereits 1945 war Erhard Leiter des Wirtschaftsamtes in seiner Heimatstadt Fürth geworden, darauf wurde er zum bayrischen Wirtschaftsminister ernannt. Nach einer kurzen Zeit als Honorarprofessor für Wirtschaftswissenschaften wurde er Wirtschaftsdirektor im Wirtschaftsrat in Frankfurt, der damals praktisch die deutsche Wirtschaft aufzubauen hatte. Als Wirtschaftsminister in den verschiedenen Kabinetten Adenauers trug er zusammen mit ihm die entscheidende politische Verantwortung für den Wiederaufbau in der Bundesrepublik, so daß er Adenauer im Amt des Bundeskanzlers ebenso folgte, wie als Parteivorsitzender der CDU.

Kurt Georg Kiesinger, der dritte Kanzler, den die CDU in ununterbrochener Reihenfolge stellte, begann sein politisches Wirken ebenfalls in der Nachkriegszeit. Er war von 1949 an im Bundestag, bis er 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde, ein Amt, das er bis zu seiner Kanzlerschaft ausübte. Als Bundeskanzler führte er vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969 die Regierung der Großen Koalition von CDU und SPD.

### **1971: Eine junge Generation an der Spitze**

Nach diesen drei großen alten Männern der Christlich Demokratischen Union, alle nach ihrem Parteivorsitz Ehrenvorsitzende der CDU, wurde der Umbruch in der CDU besonders dadurch deutlich, daß es auf dem Saarbrücker Parteitag 1971 eine Kampfkandidatur zwischen Rainer Barzel und Helmut Kohl gab. Mit Rainer Barzel zog eine neue Generation in die Parteiführung der CDU ein. Nach dem Kriege hatte Rainer Barzel insbesondere in der politischen Umgebung Karl Arnolds in der rheinischen CDU erste Erfahrungen gesammelt. Mit 30 Jahren war er in Düsseldorf jüngster Ministerialrat Deutschlands, und bereits mit 38 Jahren wurde er jüngstes Mitglied des letzten Kabinetts Adenauers, nachdem er 1957 in den Bundestag eingezogen war. Seine Anwartschaft auf den Parteivorsitz hatte Barzel durch die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begründet, deren Vorsitzender er fast ein Jahrzehnt lang war. Rainer Barzel führte die CDU in dem stürmischen politischen Jahr 1972 (Mißtrauensvotum, Ratifizierung der Ostverträge und Bundestagswahlen). Nach der Wahlniederlage verzichtete er auf die Wiederwahl zum Vorsitzenden, ohne aber seine engagierte Arbeit an führender Stelle in der Partei aufzugeben.

Man kann darüber streiten, ob mit Helmut Kohl die Generation der Söhne oder Enkel Adenauers die Führung der Partei übernommen hat. Sicher ist aber, daß mit ihm die politische Generation die Führung der Union übernommen hat, für die Weimar, das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg historische Daten der deutschen Geschichte sind, die man zu beachten hat, die aber kaum

noch einen persönlichen Erfahrungstatbestand darstellen. Als Helmut Kohl sich politisch zu engagieren begann, war er 1947 Mitbegründer und Kreisvorsitzender der Jungen Union in Ludwigshafen. Er ging also aus der Jungen Union hervor, die seinen politischen Aufstieg in der Partei unterstützte und mit der er manche kontroverse Diskussion in die Politik der Partei trug. Helmut Kohl vollzog mit seiner politischen Arbeit in Rheinland-Pfalz einen der ersten politischen Generationswechsel in der Bundesrepublik, als er mit 33 CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag, mit 36 CDU-Landesvorsitzender und mit 39 Jahren Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz wurde. Kein Wunder, daß er mit 43 Jahren 1973 der jüngste Bundesvorsitzende der CDU wurde.

### **Die CDU heute: Mit neuen Konzepten**

Mit Helmut Kohl präsentiert die CDU einen neuen Typ des Politikers an ihrer Spitze. Ausgestattet mit großem Respekt vor den Lehren aus der Geschichte, ist er als Vertreter der Nachkriegsgeneration aufgeschlossen für die Perspektiven und Probleme der modernen Gesellschaft in der Bundesrepublik. Als politischer Führer der Partei ist er selbstbewußt und erfahren genug, sich auch der Parteibasis zur Diskussion zu stellen, und mit einem guten Gespür für Menschen ist es ihm gelungen, in der Partei tüchtige und loyale Politiker und Berater in entscheidende Schlüsselpositionen zu bringen. Zusammen mit seinem Generalsekretär, Kurt Biedenkopf, arbeitete er an der Aufgabe, die CDU wieder in die Regierungsverantwortung zu bringen und dafür die unerläßlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Der Hamburger Parteitag der CDU von 1973 und der Mannheimer Parteitag von 1975 haben diesen neuen Stil Helmut Kohls demonstriert: Eine Partei mit neuen Konzepten, die kontrovers diskutiert und entschieden werden, eine Führung, die sich an den politischen Auseinandersetzungen beteiligt und Abstimmungs-niederlagen riskiert, und eine Partei, die sich im modernen Gewand präsentiert. Der Mannheimer Parteitag 1975 wurde zum Triumph für Helmut Kohl. Wie kein Vorsitzender vor ihm wurde er fast einstimmig wiedergewählt.

Am Beispiel ihrer Vorsitzenden zeigt die nunmehr 30jährige Geschichte der CDU, wie sie in der Kontinuität ihrer politischen Grundlagen, in ihren Rollen als Regierung und Opposition im Staat, als Partei des Wiederaufbaus der freiheitlich-demokratischen und sozialen Ordnung des Grundgesetzes und als Partei der Eingliederung der Bundesrepublik in das Bündnis der freien Staaten in der Welt ihre Verantwortung für die Politik in der Bundesrepublik getragen hat. Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl ist die CDU die große Alternative in der deutschen Politik, die einen sozialen und gerechten Staat, den Frieden in der Welt und die Einheit Deutschlands anstrebt.